

unimut

ZEITUNG ^{an} DER UNI HEIDELBERG

Castor auf Abwegen
Von den heftigsten Pro-
testen gegen Castor-
Transporte seit Jahren
berichtet
Nina Bust-Bartels
 - Seite 4 -

Obamania
Direkt aus Boston be-
richtet Alena Mehla
über die US-Wahlen
 - Seiten 7 bis 8 -

Exzellenz
der Verdummung
Heidelberger Initiativen
starten Offensive gegen
Bachelor-Studium
 - Seiten 14 bis 15 -

Alternativlos
Gegen die Finanzkrise?
 - Seiten 5 bis 7 -

Schüler streiken
für gute Bildungspolitik
 - Seite 15 -

Bildungskritik global!

Internationaler Aktionstag gegen die Kommerzialisierung von Bildung

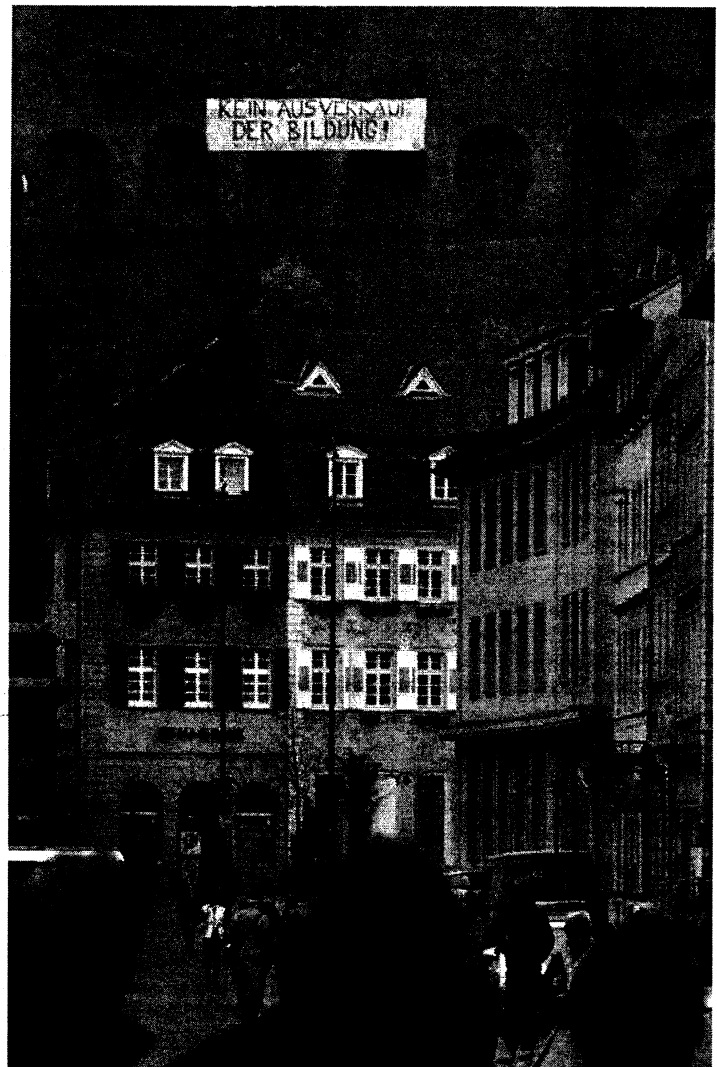
Am Mittwoch, den 5. November protestierten Menschen in 22 Ländern für eine freie und emanzipatorische Bildung. Studentische Gruppen aus der ganzen Welt hatten, allein über das Internet vernetzt, für diesen Tag dazu aufgerufen, über alle fünf Kontinente hinweg zugleich Aktionen zu starten. Ziel war es klarzumachen, dass es sich bei der derzeitigen Umgestaltung von Bildungssystemen nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten um ein weltweites Phänomen handelt.

Unter dem Motto „One World – one Struggle, Education is not for sale“ gab es weltweit verschiedenste Aktionen. Von Informationsveranstaltungen, Public Screenings, Theateraktionen über Demonstrationen und Versammlungen bis zu Besetzungen und Straßenblockaden.

In Heidelberg veranstaltete zum einen der AK Studiengebühren eine Kundgebung am Marktplatz. Zum anderen befestigten weitere Aktivisten zeitgleich an der Scheffelterrasse des Schlosses ein vom Marktplatz aus sichtbares, etwa 25 Meter breites Transparent befestigt, auf dem „Kein Ausverkauf der Bildung“ gefordert wurde. Nicht zuletzt durch diesen Fokus auf das international berühmte Heidelberger Schloss konnte dem Anspruch eines „Global Action Day“ vollauf gerecht werden.

Die Initiatoren der weltweiten Proteste sehen den Aktionstag als Erfolg. Durch die große internationale Beteiligung sei ein Zeichen gesetzt sowie ein erster großer Schritt getan, um sich in Zukunft weiter auf internationaler Ebene zu organisieren.

yz



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

viel ist seit der vergangenen UNiMUT-Ausgabe geschehen: Regierungen weltweit tun so, als verstaatlichten sie gerade die Banken zum Schutze der Bürger vor der Finanzkrise; Amerika hat seinen ersten nicht-weißen Präsidenten; Castor-Transporte gerieten auf Abwege; Schüler protestierten; Freiburg beschloss erneuten Studiengebührenboykott; Heidelberg rebelliert gegen RCDS-Frankenberg und Bachelor-Studienbedingungen; und endlich wurden erste Ergebnisse der von Frau Schavan zurückgehaltenen Studie zu sozialen Folgen von Studiengebühren bekannt. Insbesondere letztere Ereignisse – Beispiele lebendiger Demokratie und partizipativen Auflehns gegen Strukturen, die Liberale und Konservative nur noch als „alternativlose Notwendigkeiten“ durchzusetzen suchen – erscheinen in der etablierten Presseöffentlichkeit selten bis schlecht recherchiert. Die UNiMUT-Redaktion hat sich daher zum Ziel gesetzt, gerade auch jenen sozialen Bewegungen eine Stimme zu geben, die ansonsten nur als unreflektierte „Krawallmacher“ veröffentlicht werden. Denn zumindest eines haben alle diese Bewegungen gemeinsam: Sie akzeptieren nicht länger einen scheinbar unabwendbaren Status Quo, sondern verlangen Alternativen, die es zu erkämpfen lohnt!

Eure UNiMUT-Redaktion

Termine

Allgemeines

Personalversammlung der Uni Heidelberg
am Do, 20.11.2008 – 9.00 Uhr – Neue Aula, NUni

Lesekreis Kellerbildung
Mo, 24.11.2008 – 21.00 Uhr – Café Freiraum (IBW)

GEW & HD Forum: Gewerkschaften in der Wissenschaft - ein Anachronismus?

Vortrag und Diskussion mit Dr. Bernd Röttger
Mi, 03.12.2008 – 18.30 Uhr – NUni

Grundeinkommen: Film und Diskussion

Fr, 21.11.2008 – 20.00 Uhr im Weltladen in der Heugasse 2

Uni-Parties der Fachschaften:

Geschichte Fr, 21.11. / 21.00 / DAI | **Anglistik** Do, 27.11. / 22.00 / Kleine Halle | **Politik** Do, 04.12. / 21.00 / Karlstor-Bahnhof | **Germanistik** Do, 11.12. / 18.00 / GS | **Biologie & Chemie** Fr, 16.01. / 21.00 / INF 252 | **Archäologie & Geschichte** Sa, 17.01. / 21.00 / Triplex

Immer aktuelle Termine online auf www.unimut.org

Fatale Auswirkungen der Kommerzialisierung von Bildung

HIS Studie bestätigt abschreckende Wirkung der Studiengebühren

Die zunehmenden Kommerzialisierung und Privatisierung im Bereich der Bildung hat in Bezug auf das herkömmliche Universitätsstudium fatale Folgen. So führt die Einführung von Studiengebühren nicht nur zu einer Veränderung der sozialen Gefüge innerhalb der Studierendenschaft, sondern treibt die ohnehin schon in Schul- und Gesellschaftssystem verankerte Selektion weiter voran. Die vom Bundesministerium in Auftrag gegebene jüngst veröffentlichte Studie des HIS (Hochschul-Informationssystem GmbH) bestätigt dies. Demnach gaben 18.000 Abiturientinnen und Abiturienten des Jahrgangs 2006 an, wegen der Studiengebühren kein Studium aufgenommen zu haben.

Der Anspruch der Universität ist heute nicht mehr die Ausbildung möglichst vieler junger Menschen unter gleichberechtigten Bedingungen und mit dem Ziel gemeinsamen Lernens und Wachsens, interdisziplinärem Austausch und kritischer Auseinandersetzung. Vielmehr geht es um das Heranzüchten einer immer weiter spezialisierten Elite. Die Bildung verliert ihre gesellschaftliche Funktion und wird zu einem käuflichen Gut degradiert. Studierende werden zu Kunden einer evaluierbaren Vermittlung der Ware Bildung. Wissenschaftler greifen bei der Beschaffung von Forschungsmitteln immer mehr auf private Geldgeber zurück.

Die ganzheitliche und umfassende Bildung junger Menschen und die Förderung eines kritischen Bewusstseins treten mehr und mehr in den Hintergrund. Immer wichtiger wird ein schneller Abschluss als primäres Ziel des Universitätsstudiums, welches sich bezüglich seiner Inhalte lediglich an den Ansprüchen und Forderungen eines „Absolventen-Marktes“ orientiert.

Erfahrungen zu sammeln, einen Blick über den Tellerrand wagen, findet in den verschulten Lehrplänen und Prüfungsordnungen kaum mehr Platz. Die universitäre Bildung wird zur berufsbezogenen und damit von wirtschaftlichen Interessen und Anforderungen geleiteten Ausbildung, die gesellschaftliche Aufgabe geht hierbei verloren. Akademische Freiheit an der Universität bedeutet freie Studienwahl und freie Studienorganisation mündiger Studierender. Die Einführung von Bachelor und Master entmündigt nicht nur, sondern sie nimmt darüber hinaus durch effizienz- und leistungsorientierte Studiengestaltung den Raum für die kritische Auseinandersetzung mit Wissenschaft, Forschung und Gesellschaft.

Eine kritische Forschung ist Grundlage einer emanzipierten Gesellschaft. Ohne eine kritische Studierendenschaft reproduzieren sich Forschungsmeinungen allein durch die hierarchische Organisation des Universitätsbetriebs und implizit gesetzte Prämissen werden unhinterfragt übernommen.

nbb

Frankenberg bekommt die Wut zu spüren

RCDS-Veranstaltung zum Thema „Drei Semester Studienbeiträge – eine Bilanz“ mit dem Baden-Württembergischen Wissenschaftsminister außer Rand und Band

Rektoratsbesetzungen, Demonstrationen, Autobahnblockaden – der Protest gegen Studiengebühren der vergangenen Jahre hatte viele Ausdrucksformen. Am Interessantesten wurde es aber immer, wenn die Studierenden den verantwortlichen Politikern selbst gegenüberstanden. So auch am 28.10., als einer der Urväter der Campusmaut, Wissenschaftsminister Peter Frankenberg, im Hörsaal 9 der Neuen Uni vor Studierende trat.

Eingeladen vom RCDS wollte Frankenberg eigentlich eine Bilanz der 3 Semester „Studienbeiträge“ ziehen. Die Stimmung begann aber bereits zu brodeln, als der Minister noch gar nicht da war. Mitglieder des „Ring Christlich-demokratischer Studenten“ gaben sich als besorgtes Sicherheitspersonal und durchsuchten die Taschen ihrer Kommilitoninnen und Kommilitonen, die an der Veranstaltung teilnehmen wollten.

Als der Wissenschaftsminister schließlich das Rednerpult betrat, wurde er quer durch den Saal von lauten Pfiffen und Buh-Rufen empfangen. Wollte einer der jungen Christdemokraten diese Reaktion noch in die Ecke „einiger ungezogener Kommilitonen aus einem ganz bestimmten Spektrum“ einzuordnen wissen, so zeigte sich im Laufe der Veranstaltung, dass den wütenden Zwischenrufen und Unterbrechungen durchaus Argumente zugrunde lagen. So führte ein Besucher aus, dass das Ziel von Bildung die Förderung kritischen Denkens, Reflexion gesellschaftlicher Entwicklungen und Ausbildung persönlicher und geistiger Reife sein sollte, statt die Ausbildung künftiger Arbeitskräfte in den Vordergrund zu stellen. Eine Orientierung am Humboldt'schen Bildungsideal sei auch heute dringend nötig, denn eine demokratische Gesellschaft brauche mündige und unabhängig denkende Individuen. Ein anderer erklärte die aufgeheizte Stimmung so: „Seit Jahren diskutieren wir mit Leuten wie Ihnen und es kommen immer die gleichen Argumente, die wir schon so oft auseinandergenommen haben. Die Realität an der Uni und bei denen, die nun gerade nicht an der Uni sind, ist eine andere als Sie mit Ihren Zahlenspielchen wahrgenommen haben wollen!“ Großer Unmut wurde

auch immer wieder über die undemokratischen Zustände an den Baden-Württembergischen Hochschulen geäußert, die es Studierenden ungleich schwer machen, ihre Interessen gegenüber der Landesregierung zu vertreten.

Daher stieß auch der Vorschlag eines Studierenden, zuerst einmal Frankenburgs Vortrag anzuhören und später in eine Diskussion einzutreten, auf wenig Gegenliebe bei den meisten anwesenden Kommilitonen. Der verbale Schlagabtausch wurde weiterhin von den sichtlich sauren Studierenden beherrscht, denen es wichtig zu sein schien, an der richtigen Stelle klarzumachen, wie sie zur jüngsten Bildungspolitik stehen.

Dem Heidelberger RCDS-Vorsitzenden Roland Stricher erschien das nicht als „demokratische Umgangsform“, worauf er die Polizei hinzuzog und diese anwies, „Störer“ aus dem Raum zu entfernen. Den beiden Beamten, die dieser Order nachkommen wollten, wurde die Rechtslage von einem Jurastudenten erklärt, worauf diese den Saal wieder verließen. Der RCDS gab nicht auf und gegen Ende betraten erneut zwei Beamte den Saal. Wo Argumente nicht reichten, schienen die Veranstalter auf diese Weise ihre Kommilitonen einschüchtern zu wollen. Minister Frankenberg konnte die Polizisten aber davon überzeugen, dass für niemand eine Gefahr bestand und sie „hier eigentlich nicht gebraucht werden.“ Trotzdem ließen es sich manche Mitglieder des RCDS und der Jungen Liberalen nicht nehmen, mit Handys zwischen den Bänken mehr oder weniger heimlich Fotos von den „Krawallmachern“ zu schießen mit der untereinander geäußerten Absicht, diese der Polizei zukommen zu lassen.

Nach fast zwei Stunden machte sich der Minister, der sich bis dahin der Kritik zumindest gestellt hatte, auf den Rückweg nach Stuttgart. Vor der Neuen Uni diskutierten einige Studierende noch weiter. Dabei ging es nicht nur um Studiengebühren und Humboldt, sondern außerdem um den Umgang des RCDS mit kritischen Kommilitonen.

yz

Freiburg beschließt erneuten Boykott

In Freiburg wird es zum vierten Gebührensemester in Baden-Württemberg einen erneuten Vorstoß geben, um die Studiengebühren durch einen Zahlungsboykott abzuschaffen. In Vollversammlungen der Universität, der Pädagogischen Hochschule sowie der Katholischen und Evangelischen Hochschule (KFH und EH) beschloss eine große Mehrheit der Studierenden mit diesem Mittel den Kampf gegen die Campusmaut und die „damit einhergehende Umstrukturierung des Bildungssystems nach marktwirtschaftlichen Kriterien“ fortzuführen. Bestärkt durch die Ergebnisse der HIS-Studie, die belegt, dass Studiengebühren vom Studium abschrecken, und aufgrund der Erfahrungen die man bei vergangenen Boykottversuchen gesammelt hatte, sind die Mitglieder der Freiburger Studierendenvertretungen zuversichtlich. Die

Studierenden haben sich noch immer nicht mit der Situation abgefunden, vielmehr werde die Unzufriedenheit immer größer, so David Warneck vom Unabhängigen AStA der PH Freiburg. Planungen eines Boykott in anderen Städten sind bisher nicht bekannt. Mit der Kampagne „gebührenFREi“ organisieren sich die Studierenden daher zunächst von Freiburg aus.

In Heidelberg organisiert sich derzeit außerdem eine Kampagne gegen Studiengebühren von Studierenden des Psychologischen Instituts. In enger Zusammenarbeit mit allen Statusgruppen des Instituts will sich die 30köpfige Initiative gegen Studiengebühren „InigSt“ neu gegen Studiengebühren einsetzen und einen Weg finden, „ein qualitativ hochwertiges, langfristig funktionierendes und sozial gerechtes Hochschulsystem“ zu entwickeln.

yz

„Gegen unsere Lebendigkeit seid ihr machtlos“

15000 Menschen setzten im Wendland ein Zeichen gegen Atomenergie

Mit fast einem Tag Verspätung erreichten in der Nacht zum Dienstag den 11.11. die elf Behälter mit radioaktivem Abfallmaterial das Zwischenlager in Gorleben. 16500 PolizistInnen aus dem gesamten Bundesgebiet waren im Einsatz.

In zahlreichen Städten entlang der Route des Castorzugs kam es zu Demonstrationen und Blockaden. Schon im rheinlandpfälzischen Wörth wurde die Weiterfahrt durch an die Gleise gekettete AktivistInnen elf Stunden verzögert. Vor dem Zwischenlager in Gorleben protestierten über 15000 Menschen gegen die Nutzung des Salzstocks in Gorleben als Zwischenlager und gegen Atomenergie. Die jüngst wieder aufflammende Diskussion um den Atomausstieg und der Skandal des Zwischenlagers Asse mobilisierten so viele AtomkraftgegnerInnen wie seit den siebziger Jahren nicht mehr.

Im Anschluss an die Demonstration blockierten zeitweise 1200 Menschen die Straße vor dem Zwischenlager in Gorleben. Dem Regen und der Kälte zum Trotz war die Stimmung in der Zeltstadt vor den Toren des Zwischenlagers sehr gut. Mit Essen und heißem Tee von der mobilen Volksküche und mit Wärmedecken versorgt widersetzten sich die Blockierenden über 40 Stunden auf friedliche Weise der Staatsgewalt. Angekettet an zwei Betonpyramiden, hielten Mitglieder der bäuerlichen Notgemeinschaft des Wendlands die Weiterfahrt der Atomtüllbehälter am Montag weiter auf.



Auf der Strecke zwischen Lüneburg und dem Verladebahnhof Dannenberg kam es immer wieder zu Gleisbesetzungen und Gleisbeschädigungen. Hier ging die Polizei mit Schlagstöcken und Wasserwerfern massiv gegen die Demonstrierenden vor. Als zur Räumung einer Blockade auf den Schienen bei Tollendorf Pferde eingesetzt wurden, musste ein heidelberger Aktivist mit Bauch- und Kopfverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Bei der Räumung der Blockade vor den Toren des Zwischenlagers in Gorleben gingen die Polizeikräfte auf Grund des großen Presseaufgebots jedoch weitgehend deeskalierend vor.

Rechtlicher Widerspruch

Die dem Polizeieinsatz zur Gewährleistung eines sicheren Transports des Atomtülls nach Gorleben folgenden Beamten standen dieses Jahr vor dem Dilemma, einen Transport durchzusetzen, dem selbst die rechtliche Grundlage fehlte. So wiesen die neuen Castorbehälter laut Messungen von Greenpeace eine bis zu 40 Prozent höhere Strahlung auf als die bisher transportierten Castoren. Der zu schützende Transport erfüllte also nicht die gesetzlichen Vorgaben und wäre eigentlich zum Schutz von Bevölkerung und Polizeikräften zu beenden gewesen. Grund für die erhöhte Strahlung der Behälter sind neue Brennstäbe, die eine Benutzung von 4,5 Jahren anstatt wie bisher

drei Jahren ermöglichen. Dies führt zu einer Gewinnsteigerung der Kraftwerksbetreiber, aber auch zu wesentlich stärker strahlendem Atomtüll.

Beweggründe der Protestierenden

Der von Union und FDP erneut in Frage gestellte Atomausstieg rief das Thema Atomenergie wieder in das Bewusstsein der Öffentlichkeit und bewegte AtomkraftgegnerInnen dazu die Diskussion um Energiegewinnung wieder stärker zu beeinflussen und erneut ein deutliches Zeichen gegen Atomenergie zu setzen.

Vor allem das Argument der kostengünstigen Energiegewinnung durch Atomkraft wird anhand der Endlagerproblematik ad absurdum geführt. 1,5 Milliarden Euro wurden allein für Studien zur Endlagertauglichkeit des Salzstocks in Gorleben ausgegeben. Im Versuchslager Asse II wurde Jahrzehnte lang getestet, was in einem Endlager Gorle-



ben Wirklichkeit werden soll. Doch was Millionen Jahre nicht hätte passieren sollen, wurde hier schon nach 25 Jahren Realität. 120000 Fässer lagern seit 1967 im Salzbergwerk Asse II bei Braunschweig, abgeschirmt vom Wasser, sicher für Jahrtausende. Doch in die Asse II dringt schon nach Jahrzehnten Feuchtigkeit und diese droht nun ins Grundwasser zu gelangen. 40 Jahre Forschung zur Endlagerung von Atomtüll belegen: Generell

lässt sich keine Garantie für eine sichere Lagerung über eine Million Jahre geben. Der Präsident des Bundesamts für Strahlenschutz Wolfram König räumte gegenüber dem ZDF ein, man habe die Herausforderung der Lagerung von Atom Müll „systematisch unterschätzt“. Eine Million Jahre soll ein Endlager die Kontamination der Umwelt verhindern, das Salzbergwerk Asse II hielt gerade einmal 25 Jahre. Die Sanierung des Lagers wird den Steuerzahler Milliarden kosten.

Die für nachfolgende Generationen entstehenden Kosten für Sicherungsmaßnahmen nach Vorfällen, wie dem des Endlagers Asse sind unabsehbar. Doch betreffen

sie die Atomindustrie und die Atomstromverbraucher heute nicht und es lässt sich leicht das Argument der kostengünstigen, effizienten, ja sogar umweltschonenden Atomenergie anbringen, muss man doch den Generationen der Zukunft keine Rechenschaft ablegen. Die Atomenergie ist wie ein Flugzeug, dass auf Reisen geschickt wurde, nur gibt es bisher keine sichere Landebahn.

Die Proteste im Wendland brachten das Thema Endlagerung und somit die Frage der Nutzung von Atomenergie erneut in die öffentliche Diskussion – ein schönes Beispiel lebendiger Demokratie.

nbb

Protestaktion gegen Kohlekraftwerk

Da staunte der Werkschutz des Großkraftwerk Mannheim nicht schlecht: Als am Morgen des 14. Oktober gegen 5:45 Uhr fremde Personen beim Betreten des Werksgeländes beobachtet worden waren, hatten sie mit Taschenlampen alles abgesucht aber niemanden mehr gefunden. Erst der anbrechende Tag enthüllte die Bescherung. AktivistInnen der Umweltschutzorganisation Robin Wood hatten einen der Verladekräne erklommen und schwebten an Seilen in 50 Meter Höhe am Ausleger. Zwischen sich hatten sie ein Transparent gespannt, das nach Eintreffen der Presse entrollt wurde. Darauf stand: „Saubere Kohle ist eine dreckige Lüge“. Mit dieser Aktion protestierten sie gegen den Bau eines weiteren Kraftwerksblocks am Mannheimer Rheinufer, der die Verstromung von Kohle in Mannheim auf weitere 40 Jahre festschreiben würde. Zudem sollte so den Einwänden gegen den Kraftwerksbau Nachdruck verliehen werden, welche das Bündnis „Für die Energiewende – Nein zu Block 9“ am selben Tag dem Regierungspräsidium in Karlsruhe übergeben wollte. In den Einwänden werden vor allem die klimaschädlichen Gase, giftigen Stickoxide und gesundheitsschädlichen Feinstäube kritisiert, die das neue Kohlekraftwerk ausstoßen würde. (Mehr hierzu unter

www.Nein-zu-Block9.de) Etwa 27 weitere Kohlekraftwerke sind in Deutschland geplant. Dies konterkariert alle Beteuerungen der Bundesregierung, der Klimaschutz stehe an oberster Stelle der Agenda. Die Energiekonzerne versuchen indessen mit Hilfe einer beispiellosen Kampagne die Kohlekraft grün zu waschen, indem sie behaupten, das Kohlendioxid abscheiden und unterirdisch lagern zu können. Abgesehen davon, dass dieses Verfahren noch gar nicht ausgereift ist, darf bezweifelt werden, ob das Vergraben unseres Zivilisationsmülls – sei er nun klimaschädlich oder radioaktiv – jemals eine sinnvolle Lösung sein kann.

Zwischenzeitlich hatte sich auf dem Werksgelände eine stattliche Menschenmenge angesammelt: Presseleute, die Höhenrettung der Feuerwehr, Polizei, neugierige Werksmitarbeiter und SanitäterInnen. Sie wurden von der zuvorkommenden Werksleitung mit frischen Brezeln und Kaffee versorgt. Noch vor Mittag nahmen die KlettererInnen das Banner wieder ab. Nachdem sie der Polizei ihre Personalien gegeben hatten, wurden sie vom Werkschutz zum Tor begleitet. Die Werksleitung kündigte eine Klage wegen Hausfriedensbruch an.

Von Judith Maisenbacher und Arne Kersting

Ein System in Bedrängnis

Hintergründe und Mechanismen der Krise auf den Finanzmärkten

Die allgemeine Geißelung der „gierigen“ Manager und „skrupellosen“ Banken seitens politischer und gesellschaftlicher Eliten erfüllt bestimmt ihre intendierte Funktion innerhalb des öffentlichen Diskurses. Genauer betrachtet ist sie jedoch reine Heuchelei. So verhielten sich die Führungsetagen der Finanzunternehmen gemäß den geltenden Gesetzen und handelten nach der gesellschaftlich anerkannten Logik unseres kapitalistischen Systems. Die Hintergründe der Finanzkrise zeigen nicht nur Widersprüche der Theorie des freien Marktes, sondern vor allem die fehlenden gesetzlichen Regelungen zum Schutz der Bürgerinnen und Bürgern vor den Auswirkungen der Krisen des Kapitalismus.

Ein zentraler Hintergrund der aktuellen Finanzkrise ist der chronische Kapitalüberschuss den unser Wirtschaftssystem in den letzten Jahrzehnten produziert. Bei steigender Produktivität stagnieren die Reallöhne. Die

sich hieraus ergebende Nachfragelücke führt dazu, dass dem Kapital nicht mehr genügend reale Investitionsmöglichkeiten zu Verfügung stehen. Kapitalspekulationen auf den Finanzmärkten ergänzen an dieser Stelle die begrenzten Investitionsmöglichkeiten in der Realen Wirtschaft.

Die zunehmende Privatisierung staatlicher Altersversorgungen und der hiermit verbundene Wandel von einer Umlagefinanzierung hin zu einer kapitalgedeckten Finanzierung von Rentensystemen bewirkt ein weiteres Ansteigen des Finanzmarktvolumens. Denn im Gegensatz zur Umlagefinanzierung verfügen die Rentenfonds über große Kapitalmengen, mit denen auf den Finanzmärkten gearbeitet wird.

Konkreter Auslöser für die aktuelle Krise war bekanntlich der US-Immobilienmarkt. Durchaus politisch gewollt, vergaben Banken leichtfertig Kredite an Bürgerinnen und Bürger mit geringen Sicherheiten. Die Kredite

wurden von den Kreditinstituten zu undurchsichtigen Paketen zusammengeschnürt, weiterverkauft, wieder neu verpackt und abermals verkauft. Auf den Finanzmärkten geht jeglicher realer Bezug der Kapitalverschiebungen verloren. Durch die, aus der übermäßigen Kreditvergabe resultierende, steigende Nachfrage, stiegen bis 2007 die Preise auf dem US-amerikanischen Immobilienmarkt. Im Frühjahr 2007 platzte die Immobilienblase. Der wiederholte Weiterverkauf bewirkte, dass wesentlich mehr Banken an den vergebenen Krediten hingen als die, die sie anfangs vergeben hatten. Durch die Vernetzung der Banken auf Finanzmärkten kam es beim Zerplatzen der Immobilienblase zu einer Kettenreaktion mit fatalen Auswirkungen für zahlreiche Volkswirtschaften.

Die erwähnte Nachfragelücke wird in den Vereinigten Staaten seit Jahrzehnten auf gefährliche Weise überbrückt. Die zum Symbol des Konsums gewordene Kreditkarte ermöglicht Millionen von US-Amerikanern die nahezu unbegrenzte Teilnahme am zum kulturellen

Wert gewordenen Einkaufsboom in den USA. Ähnlich wie im Falle der Immobilienkreditvergabe werden Kreditkarten ohne große Sicherheiten vergeben. Vielfach gilt: ist das Dispo-Limit der einen ausgereizt, wird sich kurzerhand die Nächste bestellt. Seit Jahren konsumieren Teile der Gesellschaft ohne Fundament und es kommt zur Anhäufung eines gigantischen Schuldenbergs. Auch diese Blase wird eines Tages platzen, mit gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen, sollte die Politik nicht rechtzeitig Vorkehrungen für die Krisen unseres, von Ökonomen gemeinhin als „krisenresistent“ bezeichneten Kapitalismus schaffen.

Konkret hätte ein Verbot, Kredite weiter zu verkaufen die aktuelle Krise nicht in diesem Umfang entstehen lassen. Eine solche Regelung bedeutete bestimmt einen starken Eingriff in die Finanzmärkte, jedoch würden Re-

gulierungen der Finanzmärkte, wie auch zum Beispiel die Einführung einer Steuer auf Kapitaltransfers dafür sorgen, dass die Gewinnmagen des Finanzsektors nicht, wie momentan, im Vergleich zur Realwirtschaft derart unverhältnismäßig wären. So ist ein oft angebrachtes Argument gegen die Einführung einer solchen Steuer, die potentiell darauf folgende geringere Investitionsbereitschaft der Anleger. Ist es nicht aber in Anbetracht der gegenwärtigen Situation angebracht Renditeforderungen seitens der Banken von bis zu 25% einen staatlichen Riegel vorzuschieben? Und die Gewinnspannen der Finanzmärkte wieder denen der produktiven Wirtschaft anzupassen?

In Bezug auf die oben genannte Nachfragelücke wäre eine Widerspiegelung von Produktivitätszuwachsen in Löhnen und Gehältern eine strukturelle Lösung, die langfristig sogar den Kapitalismus als Sys-

tem erhalten würde. Denn wenn sich wie gegenwärtig, immer weniger auf produktive Form der Gewinnerzielung durch innovative Produktionsprozesse und innovative Produkte konzentriert wird und die reine Gewinnmaximierung im Vordergrund steht, wird auf Dauer kein Wohlstand mehr produziert. Im unproduktiven Selbstlauf des Industriesystems eignet sich eine immer kleinere Elite die Reste des Wohlstands an. Es geht langfristig die wohlfahrtsschaffende Funktion und somit die Legitimationsgrundlage des Kapitalismus verloren.

nbb



Foto des Monats von Benjamin Scheuermann:
Das Spiel der unsichtbaren Hände

Die freie Wirtschaft

Auszüge aus Kurt Tucholsky (Die Weltbühne 1930)

Ihr sollt die verfluchten Tarife abbauen.
Ihr sollt auf euern Direktor vertrauen.
Ihr sollt die Schlichtungsausschüsse verlassen.
Ihr sollt alles Weitere dem Chef überlassen.
Kein Betriebsrat quatsche uns mehr herein,
wir wollen freie Wirtschaftler sein!
Fort die Gruppen – sei unser Panier!
Na, ihr nicht.
Aber wir.

Wir bilden bis in die weiteste Ferne
Trusts, Kartelle, Verbände, Konzerne.
Wir stehen neben den Hochofenflammen
in Interessengemeinschaften fest zusammen.
Wir diktieren die Preise und die Verträge –
kein Schutzgesetz sei uns im Wege.
Gut organisiert sitzen wir hier...
Ihr nicht.
Aber wir.

Ihr, in Kellern und in Mansarden,
merkt ihr nicht, was mit euch gespielt wird?
mit wessen Schweiß der Gewinn erzielt wird?
Komme, was da kommen mag.
Es kommt der Tag,
da ruft der Arbeitspionier:
„Ihr nicht.
Aber Wir. Wir. Wir.“

Das Rettungspaket der Bundesregierung – alternativlos?

Seit Wochen bestimmt das Thema der aktuellen Finanzkrise die Berichterstattung in Zeitungen, Fernsehen und Hörfunk. Die Diskussion um das Scheitern des freien Marktes und die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe ist allgegenwärtig. Lange schenkte der Gesetzgeber der These glauben, Kapital- und Finanzmärkte seien unerschöpflich und frei von Krisen. Jetzt wird deutlich: Die zur Liberalisierung dieser Märkte erlassenen Gesetze sind mitverantwortlich für die aktuelle Krise.

Im Umgang mit dem aktuellen Desaster besteht ein breiter Konsens in der öffentlichen Debatte: der Staat müsse eingreifen, den Markt vor dem Zusammenbruch retten. Auch aus dem radikal markoliberalen Lager werden nur spärlich Bedenken geäußert. Und wenn der personifizierte Markliberalismus Josef Ackermann (Deutsche Bank) sich damit rühmt, kein Geld vom Staat beanspruchen zu wollen, so profitiert doch auch er von einer Abwendung des Zusammenbruchs der Finanzmärkte und somit indirekt vom Rettungspaket der Bundesregierung.

500 Milliarden Euro schwer ist die Lösung. Eine sich einheitlich präsentierende starke große Koalition greift durch. Das Geld kommt jedoch nicht von den Verursachern, sondern von den Steuerzahlern, denn Manager haften trotz großzügigster Vergütung ihrer Arbeit nicht für ihre Fehler. Unsere Bundeskanzlerin beschreibt „das Maßnahmenpaket der Bundesregierung [als] der Stabilisierung des Finanzsystems, [und] dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger und nicht dem Schutz von Bankinteressen“ dienende Lösung. Alternativen gebe es laut Gesetzesentwurf unter Punkt C. „keine“.

Das Konzept sichert die Banken und somit unseren bisherigen Status Quo. Die Bundesregierung bürgt für die Banken, kauft gegebenenfalls die „schlechten“ Kredite

auf und beteiligt sich am Grundkapital einiger Banken. Ziel ist, das „Vertrauen in die Finanzmärkte wieder herzustellen.“ Doch, so betont die Kanzlerin, sei die Hilfe an bestimmte Auflagen geknüpft. Gesprochen wird von einer Begrenzung der Managergehälter sowie der Einflussnahme auf geschäftspolitische Ausrichtung und Kreditvergabe der Banken. Doch bleiben diese Maßnahmen oberflächlich und kurzfristig. Denn ein angemessener Kontrolleinfluss, zum Beispiel durch eine Vertretung in den Leitungsorganen der Unternehmen ist nicht vorgesehen. Eine solche Einflussnahme wäre aber bei der Beteiligung des Bundes an Unternehmen üblich und ist sogar gesetzlich eindeutig festgeschrieben. Die im Rettungspaket ausdrücklich vorgeschriebene Nichtanwendung von §65 bis §69 der Bundeshaushaltsordnung kommt der Ausstellung eines Blankoschecks über Verwendung von Staatsgeldern gleich.

Sollte jedoch die aktuelle Finanzkrise nicht zum Nachdenken über Alternativen anregen? Wird hier nicht gerade das theoretische Fundament unserer Wirtschaftspolitik als fehlerhaft entlarvt?

Die wohl notwendigen staatlichen Eingriffe könnten, anstatt den bisherigen Status Quo zu sichern, auch einen Paradigmenwechsel einleiten. Mit der Einführung einer Steuer auf Kapitaltransfers und Spekulationsgeschäfte (Tobin-Steuer), um nur eine Denkrichtung aufzugreifen, wäre eine finanzielle Beteiligung der Verursacher an den Kosten der Krise gesichert. Die Einnahmen aus dieser Steuer könnten dann auch in zukünftigen Krisenfällen zur Stabilisierung und Vertrauenswiderherstellung eingesetzt werden. Derzeit bestätigt sich jedoch wieder: Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert.

nnb

Zitat des Monats:

„Der Markt ist sozial und der Kapitalismus gerecht.“

Friedrich Merz (CDU)

Und jetzt? Amerika hat sich entschieden

**Die Zeiten obsessiv-zwanghafter Mitverfolgung des Wahlgesehens sind vorbei.
Endlich. Ein Rück- und Ausblick.**

Ich hab einen Wahl-Kater.

Nicht nur, weil ich letzten Dienstag in Boston zu ausgiebig gefeiert habe, dass das Regiment der Bush-Cheney Junta bald ihr Ende finden und George W. sich wieder nach Crawford, Texas verkümmeln wird. Ich habe vor allem deshalb einen Wahl-Kater, weil ich für viel zu lange Zeit viel zu viele Wahlberichte konsumierte und von der Wahlkampagne komplett eingenommen wurde. Kein Tag ohne Emails von der Obama-Zentrale, kein Tag ohne Anrufe von den geschätzten Kollegen des Organisations-Komitees, kein Wochenende ohne potentiellen Wählern in New Hampshire auf den Geist zu gehen. Jetzt ist es vorbei. Mir schwirrt der Kopf, und Sodbrennen hab ich

auch. Klare Katersymptomatik. Damit bin ich nicht allein. Ob nun Kampagnen-Volontäre oder nicht, die meisten meiner amerikanischen Kollegen und Freunde wirkten in den letzten Monaten ihr Leben um Wahlberichterstattungen herum, durchforsteten das Internet konstant nach saftig frischen Info-Bröckchen, alles Neue an Blogs, Daten, Aussagen stets vor Augen. Diese Wahl zog Amerikaner ebenso wie die internationale Gemeinschaft in ihren Bann – nicht nur wegen ihrer historischen Implikationen, sondern auch der Fülle an Informationen, die in jeder Sekunde greifbar waren. Sind wir mehr an den Wahlen interessiert, weil sie interessanter werden? Werden sie

interessanter, weil die heutigen Technologien eine mehr und mehr obsessive Mitverfolgung ermöglichen?

Was bleibt uns von der Wahl, mal abgesehen vom Kater?

Die Welt hat einen neuen Präsidenten: Dieser Eindruck ließ sich schnell gewinnen, denn Fotos feiernder Weltbürger aller Kontinente standen hoch im Kurs bei der Presse. Besonders beliebt waren hier in den Staaten Fotos von Reaktionen der Mitglieder des Clans der Jor'Obama in Westkenia, wo die Stief-Großmutter des zukünftigen Präsidenten lebt, dicht gefolgt natürlich von Bildern der Wahlpartys im Nahen Osten. Die zu Ehren Obamas gestalteten gigantischen Sandskulpturen in Puri, Indien, belegten nur einen gefühlten dritten Platz. Zu Unrecht, wie ich finde. Gerade die positive Resonanz in der arabischen Welt gab Anlass zu Euphorie-Bekundungen. Leicht geriet dabei allerdings aus dem Blickfeld, dass die Menschen, die in verschiedenen Ländern und Kontinenten zu den Wahlpartys in den U.S. Botschaften geladen wurden, ausschließlich zu den Eliten gehörten, und viele Mitglieder der weniger wohlhabenden oder weniger gebildeten sozialen Schichten ihre Zeit nicht auf Wahlpartys, vor Radio oder Fernseher verbringen konnten, wenn ihnen die Information einer Neuwahl in Amerika überhaupt begegnet war.

Amerikaner sind immer noch oder wieder stolz: Ein neues amerikanisches Selbstbewusstsein ist allgegenwärtig, denn die Wahl Obamas lässt das bohrende Gefühl der Scham von all denjenigen abfallen, die sich dem rasanten Absturz ihres Landes in den letzten 8 Jahren bewusst waren. Mein Arbeitskollege, ein liberaler, Patriotismuskritischer junger Mann, gestand mir letzten Donnerstag, dass er den übermächtigen Drang verspüre, sich eine amerikanische Flagge anzuschaffen: „Zum ersten Mal fühlt es sich gut an, ein Amerikaner zu sein“, sagte er mir

und errötete. Obama heilt nicht nur von der Scham über die Bush-Regierung, sondern auch der Schatten der Sklaverei wird ein wenig heller und erträglicher für so manche.

Der Anti-Amerikanismus ist einer Identitätskrise ausgesetzt: Mit George W. geht im Januar das größte Feindbild unserer Zeit. Und er hinterlässt Rätsel. Ist dieser Mann pure Dummheit, eine gefährliche Mischung aus Machtversessen und Einfältigkeit, ein Opfer der rücksichtslosen Ambition seiner Berater? Auch Oliver Stones Film *W.* gibt hier keine Antworten. Amerika hat dieses Mal die bessere Entscheidung getroffen und seinen Ruf in den Augen vieler rehabilitiert. Selbst die sozialistischen Regierungen von Cuba, Venezuela und Bolivien nahmen die Wahl Obamas zum Anlass, ihre Kenntnis diplomatischer Spielregeln unter Beweis zu stellen, die gegenüber den USA in den vergangenen Jahren eher wenig zum Einsatz kamen. Morales, Präsident Boliviens, der im September den U.S. Botschafter aus dem Land warf und amerikanischen Anti-Drogen-Einsätzen immer wieder große Steine in den Weg legt, bekundete Sympathie für den zukünftigen Präsidenten in Bezugnahme auf dessen Hintergrund der „Diskrimination und Sklaverei“. Der Außenminister Venezuelas sprach von tiefem gegenseitigem Respekt und einer „Ära des Wandels“, die „in Südamerika ihren Anfang nahm und nun möglicher Weise auch in den USA angekommen ist.“ All dieser politische Kredit, den Obama dank seiner Herkunft und seiner Wahlversprechen genießt, bietet eine ausgezeichnete, mächtige Handlungsbasis. Die Hoffnung ist mit ihm, aber kaum ein Bericht über die Zukunft des Präsidenten verzichtet in diesen Tagen auf negative Prognosen und eine detaillierte Aufzählung all der potentiellen Enttäuschungen. Ich schreibe das dem Wahl-Kater zu.

amh

Liest du noch oder urteilst du schon?

Folge 3: Geltungsanspruch – Oder: Wie Mediensprache Fakten schafft

Die Sprache ist die Grundlage unserer medialen Kommunikation: sie vermittelt uns Informationen über Ereignisse in der Welt, auf die wir selbst keinen unmittelbaren Zugriff haben. Diese Mittler-Position von (Medien-)Sprache ist aber zugleich ein Problem. Die erste Folge (UNiMUT 01/08) zeigte allgemein, dass Medien nicht einfach „objektiv“ berichten, sondern Sachverhalte sprachlich perspektivieren. Die zweite Folge (UNiMUT 02/08) exemplifizierte diese Perspektivierungsleistung anhand unseres Umgangs mit prototypischen Textsorten und Rubriken in Zeitungsmedien als unsere Wahrnehmung und unser Handeln vorstrukturierende Aktivierungsmuster. In dieser Folge geht es um die sprachliche Konstitution von Geltungsansprüchen in Medientexten.

Wie vermitteln Sprecher und Schreiber uns Rezipienten, dass bestimmte Aussagen in ihren Texten der Wirklichkeit entsprechen, also „wahr“, und andere „nicht wahr“ oder fiktiv sein sollen? Kurz: Es gibt sehr viele Möglichkeiten, selbst in einem ‚sachlich-objektiven‘ Bericht Wahrheitsanspruch sichtbar – oder auch unsichtbar zu transportieren. Der Grad an Intransparenz des Gel-

tungsanspruchs bzw. der Grad an Resistenz gegen Anfechtung einer Aussage nimmt bei den folgenden sprachlichen Merkmalen immer weiter zu:

Überwiegend transparent und daher leichter anfechtbar wird der Geltungsanspruch durch „Modalisation“ (W. Köller: 2004) markiert, d.h. durch sprachliche Mittel, die die Meinung des jeweiligen Sprechers oder Schreibers explizit hervorheben. Hierzu gehören etwa Partikel (*ja, nun, schon, doch*), die dem Leser zudem einen Konsens („Das wissen Sie ja.“) zur jeweiligen Aussage unterstellen wollen; Modaladverbien (*sicherlich, natürlich, in der Tat, keineswegs*); Distanzmarker (*sogenannte Exzellenz, diese ‚Exzellenz‘*); sowie (teilweise) der Verbmodus (Indikativ, Konj. I, Konj. II). Mittels des Verbmodus lässt sich etwa die Aussage eines Sprechers in der indirekten Redewiedergabe als absolut gültig (*Rektor Eitel sagte, das Studium ist sozialverträglich*; Indikativ), als wohl eher falsche Behauptung (*Rektor Eitel meinte, er wäre gegen Studiengebühren*; Konj. II / *sagte, er würde Bauchweh haben*; würde-Form) oder als vom Sprecher abhängiges

Faktum konstituieren (*die Kanzlerin sagte, das Gesetz sei auf gutem Weg; Konj. I*).

Sehr viel intransparenter und damit uns Rezipienten seltener bewusst ist die sprachliche Einbettung von Zitaten, wie es in den beiden folgenden Beispielen geschieht:

(1) „Dies ist nicht Beirut, die Stadt steht nicht in Flammen“ [Frz. Bürgermeister]. Aber drei Nächte hintereinander hatten Dutzende von Autos gebrannt.

(2) Der Polizeipräsident räumte ein, dass die Zahl der Einsatzstunden von Polizisten [...] auf 20100 zurückgegangen sei.

Das zweite Beispiel aus einem Bericht zeigt, dass trotz Konjunktiv I (also bewertungsneutraler indirekter Rede) der Textautor verdeckt eine Perspektivierung vornimmt im Hinblick auf den Geltungsanspruch des im Zitat Geäußerten: Dem Sprecher (Polizeipräsident) wird indirekt unterstellt, den Rückgang der Zahl an Polizei-Einsatzstunden eigentlich ‚leugnen‘ zu wollen.

Noch weitaus anfechtungsresistenter lassen sich Aussagen über die Welt durch sprachliche Passivierung (Intransitivierung), d.h. durch Abstraktion von einem möglichen Sprecher und damit Aussage-Verantwortlichen konstituieren. Der geäußerte Sachverhalt wird dabei abstrahiert und sprachlich so verdichtet, dass ein potentiell widersprechender Rezipient sehr viel mehr Mühe aufwenden müsste, um – die schließlich fehlenden – Sachverhaltsaspekte zu ergänzen und zu überdenken. Diese Passivierung kann verschiedene Formen annehmen: Die Wahl der Passiv- anstatt einer Aktiv-Konstruktion etwa vermag die Akteure eines Geschehens zu verdecken (oder zumindest ungenannt lassen) und damit das Geschehen selbst als prozessloses Resultat zu fokussieren (*Es wird gekürzt und geschlossen und geprügelt vs. Politiker kür-*

zen, Schulrektoren schließen ihre Schule, Polizisten prügeln auf Demonstranten).

Passivierungen der folgenden Art abstrahieren vor allem von sachlichen Einzelaspekten, versuchen diese als bekannt voraussetzen, oder besser: als allgemein anerkannt (gleich einem Allgemeinwissen) und daher als unstrittig zu unterstellen. So kann etwa der hypothesenartige Charakter eines Aussagesatzes (*die Jugendlichen randalieren*) mittels Partizipialkonstruktion von seiner Legitimationspflicht befreit werden: *die randalierenden Jugendlichen wurden festgenommen – ob die Jugendlichen überhaupt randalierten, wird in diesem Satz gar nicht mehr erst zur Debatte gestellt. Noch deutlicher wird der Faktor der Präsuppositionierung (also der Unterstellung konsensueller Wissensrahmen und Sachverhaltsbeurteilungen) bei Genetiv-Attribuierungen (*angesichts des globalisierten Kapitalismus; Jugendliche der Revolte*). Das im Genetiv Geäußerte wird außerhalb der ‚Kernbedeutung‘ der Aussage als nicht weiter zu thematisierendes Faktum konstituiert und ist im schnellen, automatischen Leseprozess, wie er etwa bei der Zeitungslektüre gängig ist, kaum mehr anfechtbar.*

Verdichtungen dieser Art gipfeln schließlich im Zusammenziehen von Attributen eines Objektes innerhalb eines Wortes: Die *Vorstadtunruhen* (Frankreichs) setzen die ‚Unruhe‘ als Grundwort, d.h. als scheinbar unumstrittene Beutungsbasis, die dann lediglich als ‚vorstädtische‘ näher präzisiert wird.

Diese Beispiele zu sprachlich konstituiertem Geltungsanspruch und damit einhergehender Anfechtungsresistenz sollten deutlich machen, dass ein reflektierter Umgang mit Sprache insbesondere in den Medien zu einem bewussteren Urteilsvermögen beitragen kann. Sprachkritik ist Erkenntniskritik. fv

„Merke aber: Ich bin mächtig.“

Über die Macht der Literatur, über die Macht in der Literatur, über Kafka und die Macht

Vielleicht glaubt der ein oder andere immer noch, dass Literatur eben „nur“ Literatur sei, die von Zeit zu Zeit zur Unterhaltung dienen könne, von der man hin und wieder auch etwas lerne, alles in allem aber keinen Bezug zur sogenannten „realen Welt“ habe – geschweige denn zur Politik. Vieles spricht dagegen. Nicht zuletzt die berühmte Kafka-Konferenz, die im Jahre 1963 auf dem Schloss Liblice in der Nähe von Prag stattfand. Sie ist bis heute eines der Symbole für jene Demokratisierungsbestrebungen der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei unter Dubček, die wenige Jahre später im „Prager Frühling“ mündeten und dann durch die Panzer des Warschauer Paktes am 21. August 1968 gewaltsam beendet wurden. Gerade Kafka wurde für jene Bewegung, die nach einem dritten Weg zwischen Kapitalismus und real existierendem Sozialismus suchte, zu einer Chiffre – für einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“.

Der Frage, warum gerade eine Konferenz über Kafka so weitreichende Folgen in der ehemaligen Tschechoslowakei haben konnte, ging 45 Jahre später, am 24. und 25. Oktober 2008 eine weitere Konferenz mit dem vielversprechenden Titel: „Kafka und die Macht“ auf Schloss

Liblice nördlich von Prag nach. Beleuchtet wurden zum einen die historischen Ereignisse von 1963 sowie die Frage, inwiefern gerade Kafkas Texte Machtstrukturen in Frage stellen.

Franz Kafka (1883-1924) lebte den Großteil seines Lebens in Prag, sprach und schrieb jedoch auf Deutsch. Zu Lebzeiten publizierte er nur einen Bruchteil seiner Schriften, bekannt wurde er als Dichter erst nach seinem frühen Tod 1924. Max Brod rettete seine Schriften vor den Nazis, edierte die großteils fragmentarisch und handschriftlich überlieferten Texte und etablierte innerhalb kürzester Zeit Kafka als einen der großen Schriftsteller des 20. Jahrhunderts. In der Tschechoslowakei blieb Kafka jedoch weitestgehend unbekannt, denn die Literatur wurde zu jener Zeit politisiert: bis zu der berühmten Konferenz 1963 war Kafka in der ČSSR tabu. Erst 1965 konnte „Der Prozess“ in tschechischer Übersetzung erscheinen.

Dieser Politisierung der Literatur setzte die Kafka-Konferenz auf Schloss Liblice eine andere Art der Politisierung der Literatur entgegen. Kafka diente als eine Art Substitution für das Sprechen über die eigentlichen Prob-

leme. Kafka wurde 1963 und in dessen Folge für die Diskussion über den Stalinismus instrumentalisiert. Dies mag in Anbetracht der politischen Verhältnisse legitim gewesen sein, dennoch sollte dies durchaus problematisiert werden, wenn man von Kafka und der Macht spricht. Diskurse versuchen sich immer wieder bestimmter Autoren zu bemächtigen, um ihren eigenen Ideen Nachdruck zu verleihen. Oftmals handelt es sich um Projektionen, die nur allzu leicht über den Text hinweg fliegen und nicht wirklich lesen, was geschrieben steht. So meinten viele in der ehemaligen Tschechoslowakei, sich in der vermeintlichen Opferrolle des Josef K. des Prozess-Entwurfes wiederzufinden, ohne dabei jedoch zu reflektieren, dass Josef K. Opfer und Täter zugleich ist, wie in dem so genannten Prügler-Kapitel, unter dessen Vorzeichen die gesamte Tagung stand, deutlich wird.

Doch was hat es nun wirklich mit Kafka und der Macht auf sich – und zwar jenseits jeder Politisierung seiner Schriften? Beschäftigt sich der scheinbar unpolitische Dichter mit der Macht? Die Antwort, die Roland Reuß (Literatur Professor in Heidelberg, Organisator der Konferenz und mit Peter Staengle Herausgeber der historisch-kritischen Franz-Kafka-Ausgabe) gibt, ist deutlich. In Kafkas Schriften ist das Moment der Machtausübung zentral. Gerade das Verhältnis von Sprache und Macht wird in den Texten Kafkas auf vielfältige Weise verhan-

delt. Machtworte sind Worte von zwingender, befehlender Gewalt. Gottes „Es werde Licht.“ am Anfang der Genesis ist ein solches Machtwort, das sich im Moment seiner Artikulation realisiert (Performanz). Auch in Kafkas Aufzeichnungen gibt es solche Machtworte. In seiner berühmten Erzählung „Vor dem Gesetz“ untersagt der Türhüter dem Mann vom Lande bekanntlich den Eintritt in das Gesetz, fordert ihn aber gleichzeitig folgendermaßen auf, sich seinem Verbot zu widersetzen: „Wenn es Dich so lockt, versuche es doch trotz meines Verbotes hineinzugehn. Merke aber: Ich bin mächtig.“ Der Türhüter hält den Mann einzig durch seine sprachlich artikuliert Macht davon ab, durch das offene Tor zu gehen, obwohl – so zeigt sich am Ende der Erzählung – er durchaus dazu bestimmt gewesen war, hindurch zu gehen. Die Macht, die in dem Satz „Merke aber: Ich bin mächtig.“ postuliert wird, realisiert sich einzig, indem ihr nicht widersprochen wird. Der Mann gibt dem Türhüter erst die Macht, die jener sprachlich an sich zu reißen sucht, indem er diese nicht hinterfragt und für gegeben ansieht.

Vielleicht sind Kafkas Schriften so gefährlich für autoritäre Systeme, weil sie äußerlich nichts mit Politik zu tun haben, sondern immanent politisch sind. Der Türhüter mag noch so oft ausrufen, dass er mächtig sei, das Tor bleibt dennoch offen und wartet darauf, dass jemand hindurchgeht.

Von Janina Reibold

Prinzip Menschlichkeit. Warum wir von Natur aus kooperieren

Eine Buchvorstellung

Sind des Menschen Handlungen eher durch Kampf oder durch Kooperation gekennzeichnet? Kommt Aggression daher, dass man sich im Kampf aller gegen alle durchsetzen will? Was hat Darwinismus mit Kommunismus zu tun?

In diesen drei Fragen steckt eine ganze Menge, einen gemeinsamen Nenner könnten sie in der Frage nach unserem Menschenbild haben. Alle drei Fragen lassen sich aus sehr unterschiedlichen Perspektiven angehen. Stellen wir uns eine mit diesen Fragen konfrontierte Diskussionsrunde aus beispielhaft je einem Psychologen, Anthropologen, Wirtschaftswissenschaftler und Philosophen vor. Obwohl alle höchst angesehene, sprich: nach Objektivität strebende Wissenschaftler sind, könnte die Runde je nach vorherrschendem Menschenbild zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Das vorherrschende, darwinistisch geprägte Menschenbild des so genannten „homo oeconomicus“ zu widerlegen, diesen Versuch unternimmt Joachim Bauer in dem Buch „Prinzip Menschlichkeit. Warum wir von Natur aus kooperieren“. Der Autor ist derzeit Oberarzt für Psychosomatische Medizin am Uniklinikum Freiburg und hat sich durch mehrere durchaus bekannt gewordene Bücher Gehör verschaffen können. Sein neuestes Buch heißt „Das kooperative Gen. Abschied vom Darwinismus“ und baut auf „Prinzip Menschlichkeit“ auf.

Unter Zuhilfenahme zahlreicher Studien internationaler Neuro-Biologen entwirft Bauer das Bild eines Menschen, dessen Motivation zuvorderst auf Zuwendung und gelingende mitmenschliche Beziehungen gerichtet ist. Unser Gehirn belohnt alles das, was mit „Bindung“ um-

fasst werden kann, mit der Ausschüttung bestimmter Botenstoffe, die wiederum positiv auf unser „Motivationssystem“ wirken. Erhält dieses System nicht die ihm zugedachte Nahrung, nämlich positive soziale Erfahrungen, kann Aggression entstehen. Demnach wäre chronische Aggression eine Reaktion auf fehlende soziale Integration, was schon für sich eine revolutionäre These ist. Bauer betont die Gefahren für unsere Gesellschaft, wenn wir weiterhin soziale Entwurzelung zulassen und vernachlässigen, dass junge Menschen verlässliche Bezugspersonen brauchen. Außer der Aggression streift Bauer auch das Thema der scheinbar „egoistischen Gene“ (z.B. bei Dawkins), welche (noch) heute für viele Diskussionsteilnehmer die eigentlichen Akteure der biologischen Weltgeschichte sind.

Für Bauer führten die Vermächtnisse von Charles Darwin und andererseits Karl Marx zu den beiden großen Menschheitsexperimenten mit jeweils fatalen Folgen. Die Höhepunkte dieser beiden Experimente, Nazi-Deutschland und die Sowjetunion, sind vorbei und gescheitert. Nicht die darwinsche Abstammungslehre ist dabei Ziel der Kritik, sondern der *gegeneinander geführte Kampf ums Überleben als entscheidendes Element der natürlichen Selektion*. Der Fehler Darwins läge darin, ein auf ökonomischen Größen basierendes Denkmodell auf die Natur zu übertragen. Dass wir noch immer unser Menschenbild aus dieser Fehlanwendung ableiten und folglich damit begründen, sollte uns sehr zu denken geben. Dass wir allesamt autark kämpfende, rationale Konkurrenzwesen sind, die sich möglichst oft und „qualitativ

hochwertig“ fortpflanzen müssen, um einerseits den Fortbestand des Menschen, andererseits der eigenen Gene zu gewährleisten, ist laut Bauer noch heute nicht nur am Stammtisch, sondern auch in der Wissenschaft ein unbelegtes Axiom.

Lassen wir uns doch einfach mal den Begriff „Menschlichkeit“ auf der Zunge zergehen. Warum hat er nur diese Bedeutung?

Unklar bleibt trotz aller neuer Erkenntnis, wie und warum der Mensch entstanden ist, wenngleich Bauer kurz darauf eingeht, wie die während des Lebens erworbene zusätzliche Geninformation, die so genannte Epigenetik, weitergegeben werden kann. Wahrscheinlich müssen wir uns vorerst damit zufrieden geben, dass die Entstehung des Menschen und aller anderen Arten um einiges komplizierter abgelaufen ist, als es uns Darwin glauben machte.

Interessant wäre es zu erfahren, wie weit (sowohl quantitativ/qualitativ als auch geographisch) die festgestellte Kooperation reicht. Warum schaffen wir es bei all unse-

rem Reichtum nicht, den wirklich bedürftigen Menschen auf diesem Planeten zu helfen? Hat es eventuell etwas damit zu tun, dass wir die Essenz des Darwinismus, den Kampf ums Dasein, „glauben“, internalisieren und schließlich als Alibi benutzen, um Armut zu akzeptieren? Beschränkt sich Kooperation und Altruismus nur auf die unmittelbare Umgebung oder auf so etwas abstraktes wie die eigene Nation? Warum kooperieren die einen nur in kleinem Kreise, während andere am liebsten mit der ganzen Welt „kooperieren“ würden?

Wer nur mal reinlesen will, die ersten 30 Seiten gibt es unter:

<http://www.randomhouse.de/content/edition/excerpts/28547.pdf>

Prinzip Menschlichkeit. Warum wir von Natur aus kooperieren, Hamburg 2006.

Das kooperative Gen. Abschied vom Darwinismus, Hamburg 2008.

von Johannes Schneeweß

Die unkritische Welt der Mediziner

Eine Weltkarte, die Zahlen der HIV-Infizierten markieren die jeweiligen Kontinente: Western Europe 520 000-680 000, South & South-East Asia 4.6-8.2 million, Sub-Saharan Africa 25.0-28.2 million...Erschrecken macht sich breit, dann die beruhigende Stimme des Dozenten: „Keine Sorge, nein, das müssen Sie nicht auswendig lernen.“ Allgemeines Aufatmen.

Nein, kein Witz, kein blöder Gag, sondern Realität im Medizinstudium. Vorlesung Immunologie/Infektiologie, Modul c, Block 3, Seminarraum 219, das Thema: HIV/AIDS.

Fast kein anderes medizinisches Thema schreit so laut nach Beachtung. Nicht nur im Mikrokosmos Mensch, mit Blick auf Moleküle, Zellen, Viren, nein, auch im Ganzen, im Makrokosmos unserer Welt, dem Gesellschaftlichen, Politischen, Globalen. Detailliert beschreibt der Dozent, ein Experte des Fachs Immunologie, die Geschichte des HI-Virus, den Befall menschlicher Abwehrzellen, mögliche Therapieoptionen. Der Mikrokosmos wird aufgearbeitet. Die Medizinstudierenden fragen, wollen begreifen, verstehen, bereit jedes noch so kleine Detail in sich aufzusaugen - ist ja schließlich klausurrelevant!

Weder die gravierende Diskrepanz zwischen den Infiziertenzahlen in den Industrieländern und Entwicklungsländern, noch eine Folie mit kritischem Ansatz, auf der ein Wartezettel mit der Aufschrift: „40 Millionen Menschen warten auf Behandlung“ abgebildet ist, werden vom Dozenten näher kommentiert. Auch aus den Reihen der ca. 40 Studierenden kommt kein „Warum?“. Vorgetragene Fakten werden als gegeben und somit unabänderlich hingenommen und den Aufschrieben zur Erkrankung ohne Zögern hinzugefügt. Eine weitere Folie beschreibt die Entwicklung der medikamentösen Behandlung von HIV/AIDS-Patienten. Die Balken des statistischen Diagramms sind aufgeteilt in Industrie- und Entwicklungsländer. Die Tendenz der Behandeltenzahlen ist, so der Dozent zufrieden, offensichtlich steigend. Die Tatsache, dass es sich auch heute bei den behandelten Patienten

weltweit nur um 2 Millionen von insgesamt 45 Millionen Erkrankten handelt wie auch der Fakt, dass der viel größere und schneller wachsende Anteil der behandelten Patienten aus den weniger betroffenen Industrieländern stammt, werden scheinbar nicht aus dem Diagramm entnommen.

Die steigenden Behandlungszahlen in den Entwicklungsländern erklärt der Dozent mit einem „Schulterschluss größerer Pharmafirmen“, die sich dazu entschlossen hätten, Medikamente an Entwicklungsländer billiger abzugeben. Jedem, der sich etwas intensiver mit den Preis- und Patentskandalen der Pharmariesen (wie beispielsweise der Klage von Novartis und Hoffmann-LaRoche gegen den Generika-Import von HIV/AIDS-Medikamenten nach Afrika oder dem Antrag auf ein rückwirkendes Patent auf den Nevirapine-Sirup von Boehringer-Ingelheim) auseinandergesetzt hat, dürften sich bei dieser Aussage die Nackenhaare stellen. Sicher ist, dass es sich bei der vergünstigten Abgabe älterer Medikamente nicht um einen freiwilligen „Schulterschluss“, sondern um auf massives Drängen der Öffentlichkeit hin beschlossene Initiativen handelt, die angesichts der weltweiten Ausbreitung der Erkrankung einen Tropfen auf den heißen Stein darstellen.

„Sicherlich bezieht sich diese vergünstigte Abgabe doch aber nicht auf alle Wirkstoffe?!“, wendet eine Studentin ein. Die Antwort des Dozenten offenbart seine erschreckende Inkompetenz in diesem Bereich. Natürlich würden die neusten Entwicklungen von HIV-Medikamenten nicht vergünstigt abgegeben. Für diese Neuerungen bekämen die Pharmafirmen ein Patent von nur 20 Jahren Dauer, in dessen Gültigkeitszeitraum sie schließlich die immensen Forschungskosten „wieder rein holen müssten“. Allein die Tatsache, dass große Pharma-konzerne in Zeiten marktgesteuerter Forschung lediglich noch 10% ihrer Einnahmen in die Forschung investieren, während 40% der Einnahmen in Marketing und Werbung fließen, führt die Behauptung ad absurdum. Des Weiteren

stellen ohnehin nur wenige patentierte Pharmaka neben Me-too-Präparaten und leicht, bis zur erneuten Patentierbarkeit veränderten Medikamenten tatsächlich Neuerungen mit medizinischem Nutzen dar. Die Sachzwangargumentation von der Notwendigkeit, Patente für Medikamente vergeben zu müssen, basiert weiterhin auf der Annahme, die Pharmakonzerne würden die Kosten für die Forschung alleine tragen, obwohl mindestens die Hälfte der Kosten aus öffentlichen Mitteln und privaten Geldern finanziert werden.

In diesem Zusammenhang stellt sich doch die Frage, wie es sein kann, dass neue wirksamere Medikamente bereits entwickelt wurden und gleichzeitig der rasenden Ausbreitung einer ganzen Volkswirtschaften bedrohenden Erkrankung tatenlos zugesehen wird. Der Mensch, ursprünglich Mittelpunkt der Medizin, auf dessen Bedürfnisse medizinische Forschung und Behandlung abgestimmt wurden, tritt gegenüber den Profitinteressen großer Pharmakonzerne auf einem zunehmend privatisierten medizinischen Markt in den Hintergrund. Auch die medizinische Ausbildung scheint von dementsprechenden Mechanismen und Interessen gelenkt und kritische Themen bewusst auszusparen. So steuern wir Studierende gezielt und mit Scheuklappen auf die nächste Prüfung zu. Die letzte Frage des Dozenten in die Runde steht ganz in diesem Sinne: „Wollt ihr noch eine Lernkontrolle machen?“ Ja, die Lethargie ist abgelegt, die nächsten Folien

mit klausurähnlichen Fragen werden kleinkariert diskutiert, jede einzelne Antwort erörtert und in Frage gestellt. Im Angesicht der bevorstehenden Klausur kann von unhinterfragtem Hinnehmen plötzlich keine Rede mehr sein. Wo aber war diese Kritik- und Diskussionsfähigkeit, als es darum ging, die Krankheit AIDS im gesellschaftspolitischen und globalen Gesamtzusammenhang zu begreifen?

Es scheint, als sei das Medizinstudium lediglich dazu angelegt, detailliertes Fachwissen zu vermitteln und Krankheiten losgelöst von gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten darzustellen. Medizinstudierende werden dazu erzogen, den Menschen und seine körperlichen sowie geistigen Beschwerden im Mikrokosmos Mensch zu sehen und Erklärungen für selbige dort zu suchen. Einen Blick über den Tellerrand, der den Mensch unter den sein Leben bestimmenden **Verhältnissen** betrachtet und Ursachen und Erklärungen auch in diesen Zusammenhängen sucht, bietet das Medizinstudium nicht. Unsere Aufgabe wäre es, einen solchen kritischen Gesamtüberblick einzufordern und uns nicht mit einer Ausbildung zum Fachidioten zufrieden zu geben. Nur im ganzheitlichen Ansatz ist eine auf Kritik bestehende Verhältnisse basierende Entwicklung und Veränderung möglich, die es in der Folge mehr Menschen auf dieser Welt ermöglichen könnte, unter gesundheitsfördernden Bedingungen zu leben und gesund zu bleiben.

Von Sarah Bruckmann und Anne Doster

Die politische Lage in der Türkei

Eine subjektive Beschreibung eines gespaltenen Landes

Die Türkei ist ein Land voller Widersprüche. Widersprüche, wie sie jede Gesellschaft in sich trägt. Vielleicht kommen sie in der Türkei besonders deutlich zu Tage, vielleicht fallen sie nur mir als Ausländer so deutlich auf, weil ich von meiner eigenen Kultur mein Leben lang konditioniert worden bin und nun den Blick von außen wagen kann.

„Burası Türkiye“ sagen die Türken, wenn Missstände angesprochen werden und nach kurzer Unterhaltung keine Erklärungen oder Auswege ersichtlich werden. „Hier ist die Türkei“ – hier läuft es nun mal chaotisch. Hier gibt es Probleme. Wie ein Zustand, den zu ändern zweck- und aussichtslos ist. Sisyphe-Arbeit eben. „Burası Türkiye“. Einerseits resignierend – will dieses Volk seine Probleme nicht diskutieren oder in den Griff bekommen? – andererseits: ehrlich! Missstände und Widersprüche existieren überall und dies schon seit Jahr und Tag. Warum sich ständig damit rumärgern? „Burası Türkiye“ – lass uns lieber über Fußball reden oder einen Tee trinken und vor uns hinstarren (keyif yapmak – das schlichte Nichtstun). Gehört zu einer demokratischen Gesellschaft eine offene Diskussionskultur?

Manche Themen sind hier tabu. Ich als „Yabancı“ (Ausländer) darf sie ansprechen und mir gegenüber sind die Leute ehrlich und wollen mich von ihrer Meinung überzeugen. Unter Türken können politische Diskussionen schnell in aggressiven Auseinandersetzungen enden. Es gibt goldene Kühe, die man nicht antasten sollte.

Die Kurdenfrage. Atatürk, auf ein Kurdenproblem angesprochen, antwortete sinngemäß: „Kurden kenne ich nicht. Nur Türken, die in den Bergen wohnen.“ Zack. Einerseits ein Appell an eine vereinte Nation, türkischer Nationalismus als Mittel zur Abgrenzung von der Tradition des Islams, von Sultanen und arabischen Einflüssen. Andererseits kulturelle Eigenarten weggewischt. So läuft es oft: Probleme werden einfach als nicht existent dargestellt. Das Volk der Kurden/„Bergtürken“ lebt auf vier Nationen verteilt: Türkei, Syrien, Iran und Irak. Eigene Sprache, eigene Kultur. Autonomie? Akzeptanz kultureller Rechte? Gleichbehandlung? Fragt man den Durchschnittstürken (den es als solchen natürlich nicht gibt!), sagt er: die wollen in unserem Land ihre eigene Regierung einrichten – das geht natürlich nicht. Punkt. Diskussion vorbei. So einfach kann Politik sein. Weitere Fragen? Als nächstes folgt der Verweis auf die Gewalt der PKK. Danach Wiederholung der Argumente, Schweigen / Themawechsel oder „Burası Türkiye“. Kurden sagen entweder: „Wir haben hier keine Rechte, wir werden unterdrückt und diskriminiert“ oder sie vertreten die Mehrheitsmeinung und sehen sich als türkische Staatsbürger. Zeichnet sich eine stabile Demokratie durch Vertrauen der Bevölkerung in seine Institutionen aus?

In der Türkei ist das, was man bei uns Verschwörungstheorien nennt, politischer Alltag. Verfolgungswahn oder Durchblick?

Die Leute, denen ich täglich an meiner Privatuni begegnete – nennen wir sie die gebildete Oberschicht –

misstrauen der aktuellen Regierungspartei AKP zutiefst. Für sie ist der Wahlsieg von 2007 (47 %) schlicht und einfach gekauft. Die AKP habe armen Menschen Geld für ihre Stimme gegeben. Außerdem bezahlt sie Frauen dafür, Kopftuch zu tragen und so den Anschein einer Re-Islamisierung zu erwecken und dadurch Druck auf nicht-

lichen „Islamophobie“ Atatürks skeptisch gegenüber. Die Universitäten, Gerichte und Ministerien seien voll von diesen Eliten. Das aktuell eingeleitete Verbotverfahren gegen die AKP sei das beste Beispiel dafür. Die Eliten hielten das Volk schön dumm, um ihre Vorstellungen durchzusetzen. Eine kemalistische Verschwörung also.



Tanzende Kinder vor der Stadtmauer der inoffiziellen türkischen Hauptstadt der Kurden Diyarbakir

bedeckte Muslima auszuüben. Die Unterschichten sind ungebildet und ließen sich auf die Geldgeschenke der AKP ein. Zynisch könnte man sagen: Sozialpolitik als Wahlbetrug – Die Regierung gibt einfach armen Menschen Geld. Eine Freundin erzählte mir von der Haushälterin ihrer Familie: sie kündigte, weil sie nunmehr von der Regierung Geld dafür bekommen, mit einer Burka bedeckt durch die Straße zu laufen. Die gebildete Oberschicht sieht hinter der offiziellen Agenda der AKP pro EU-Beitritt, Demokratisierung und Religionsfreiheit (Stichwort: Kopftuch an Unis) das heimliche Bestreben der schrittweisen Errichtung eines Gottesstaates à la Iran. Eine Art demokratische Revolution. Erdogan soll zu seiner Milli-Görüs-Zeit in Deutschland gesagt haben: „Demokratie ist wie eine Straßenbahn. Man springt auf, wenn man sie braucht und verlässt sie, wenn man sie nicht mehr braucht“. Die gebildete Oberschicht fürchtet sich also vor einem schleichenden Umsturz. Dass Recep Tayyip Erdogan (dessen Frau die erste mit Kopftuch im Amtssitz des Ministerpräsidenten ist und dessen Töchter wegen des Kopftuchverbots in den USA studieren) und Abdullah Gül (Staatspräsident) Islamisten sind, ist für sie eindeutig. Fragt man die andere Seite – nennen wir sie ländliche Unterschicht (deren Kinder teilweise auch an der Uni anzutreffen sind) – sieht sich von den kemalistischen Eliten bedrängt. Die Justiz und das Militär paktieren gegen ihre demokratische Entscheidung für eine an den Werten des Islam orientierte Politik. Sie stehen der angeb-

Demokratische Institutionen? – Haben sich die alten Eliten zu Eigen gemacht. Und im Zweifel würde ja immer das Militär intervenieren. Tiefes Misstrauen gegenüber den Inhabern der Institutionen, vor der „anderen Seite“. Demokratie als Puppenspiel, solange sie nützlich ist.

Um zum Anfang zurückzukommen: ein Land voller Widersprüche also. Miniröcke neben Schleiern, bettelnde Kinder neben Mercedes-fahrenden Studis, arme Schlucker mit den Trikots der Fußball-Millionäre, sexy Aussehen und kein Sex vor der Ehe, Nachrichtensendungen mit dramatischer Filmmusik unterlegt, Zeitungen mit Meinungsaussage schon in der Überschrift.

Objektivität vorheucheln oder wertenden Journalismus als solchen offen kennzeichnen? Probleme totreden und am Ende nichts daran ändern oder Probleme als Nebenwirkung sozialen Miteinanders hinnehmen? Von Solidarität sprechen oder einfach ohne große Gedanken helfen? Dem Staat vertrauen oder einfach leben? Die Türkei ist voller Widersprüche – doch die werden akzeptiert, und manchmal totgeschwiegen. Besser oder schlechter? ... Anders! In unseren Denkkategorien schwer zu erfassen. Deswegen reibe ich mich auf mit der „westlichen“ Berichterstattung über die Türkei. Sie kommt mir pauschal vor, kenntnisarm, unvollständig. Doch was weiß ich schon von der Türkei? Kann ich es treffender beschreiben, was hier abgeht? Objektiv – ein Wort, das in unvereinbar gegenüberstehenden Widersprüchen seinen Reiz verliert...
Von Michael Kolain

Eine Stadtführung der anderen Art

Samstagnachmittag in der Hauptstraße: Eine Gruppe von Menschen folgt einem mit Wiedererkennungsmerkmal ausgestatteten Leiter einer Stadtführung, hin und wieder bleibt die Gruppe stehen und versammelt sich um einen auf verschiedene Bauwerke zeigenden Redner. Eigentlich nichts Außergewöhnliches in einer Stadt in der fast eine Million Touristen jährlich das Stadtbild prägen. Doch passte diese Gruppe nicht in das Bild der gewöhnlichen Stadtführungen. Erst einmal fiel auf, dass der Altersdurchschnitt den des allgemeinen Stadtführungsteilnehmers deutlich untertraf, dann blickten die rund 40 Augen auch nicht durch Kameras auf die besuchten Sehenswürdigkeiten und auch die mittlerweile immer häufiger anzutreffenden Kopfhörer und Mikrofone waren nicht zu entdecken. Schließlich schritt der Führer der Gruppe nicht mit dem obligatorisch hochgehaltenen Regenschirm voran, sondern mischte sich einen Kaffeesack tragend unter die Teilnehmenden. Dieser mysteriösen Prozession auf den Grund gehen schloss sich unsere UNiMUT Kontaktperson der Gruppe unauffällig an.

Für die erste Sehenswürdigkeit ging es in die Hauptstraße. Die Gruppe versammelt sich stellvertretend für viele weitere Heidelberger Kaffeehäuser vor dem Starcoffee am Uniplatz.

Anstatt einer entstehungsgeschichtlichen Einführung in die Architektur Heidelberger Baukunst, wird die Herkunft des Konsumguts Kaffee diskutiert. 146 Liter Kaffee trinkt der Durchschnittsdeutsche jährlich, für die Herstellung einer Tasse Kaffee werden im Schnitt 140 Liter Wasser benötigt. Die Situation von Kaffeebauern und ihre Abhängigkeit vom sich durch Börsenspekulation ergebenden

Weltmarktpreis werden ebenso thematisiert, wie Möglichkeiten fairer Handelsbeziehungen.

In Diskussionen über das Gehörte vertieft zieht die Führung weiter zum Bismarckplatz. Neben einem Blumengeschäft haltend ging es um Arbeitsbedingungen und Chemieeinsatz bei der Produktion der hier zu erwerbenden Blumen. Lediglich 18 % der in Deutschland verkauften Blumen kommen auch tatsächlich aus Deutschland. Insbesondere in Afrika und Lateinamerika werden Schnittblumen in Massenproduktion unter menschenunwürdigen Bedingungen hergestellt.

Nachdem die Gruppe von einem eifrigen Mitarbeiter eines bekannten Kaufhauses dankenswerterweise auf die Behinderung der freien Sicht auf hauseigene Schaufenster aufmerksam gemacht wurde geht es weiter zur nächsten Sehenswürdigkeit, einem luftigen Handyanbieter. Die Menschen ohne ständiges Kommunikationsmittel sind heute selten, doch bedenkt kaum jemand, dass das alle 24 Monate vertraglich zugesicherte Update auf den neuesten Stand der Handytechnik regelmäßig neuen Elektroschrott produziert. Darüber hinaus wird für die Produktion jedes Handys Coltan benötigt. Der knappe Rohstoff wird vor allem im Kongo abgebaut. Der Abbau ist extrem umweltschädigend und stützt dortige paramilitärische Rebellengruppen. Der Abbau erfolgt zudem unter miserablen Arbeitsbedingungen und dem Einsatz von Kinderarbeit.

Zum Ende der Veranstaltung gab es allgemeine Informationen zum fairen Handel und das Mysterium der ungewöhnlichen Stadtführung löste sich auf: Der Globalisierungskritische Stadtrundgang fand im Rahmen der Eine-Welt-Tage statt und wurde organisiert von MitarbeiterInnen des Weltladens Heidelberg. nbb

„Brecht die Exzellenz der Verdummung an den Universitäten“

Tagung des Heidelberger Forum diskutiert Offensive gegen Bachelor

Unter dem Motto „Theorie und Praxis kritischer Wissenschaften – Grundlagen zur Gründung einer Stiftung für demokratische Bildung“ diskutierten vom 31.10. bis 02.11.2008 rund 30 Studierende und WissenschaftlerInnen über die aktuelle Situation an den Hochschulen. Die Tagung, die das ‚Heidelberger Forum für kritische Theorie und Wissenschaft‘ ausgerichtet hatte, legte den Grundstein für eine bundesweite Offensive gegen die BA/MA-Studiengänge sowie zur Erarbeitung einer Broschüre über Möglichkeiten zur Gründung einer überregionalen Institution zur Förderung demokratischer Bildung.

Vor zwei Wochen trafen sich rund 30 Studierende, Arbeitnehmer und WissenschaftlerInnen aus Heidelberg, Mainz, Berlin und Bonn im Internationalen Wissenschaftsforum der Universität Heidelberg, um gemeinsam die aktuelle Bildungspolitik für Hochschulen und Schulen zu beraten. Im Zentrum der Kritik stand nicht nur die zunehmende Kommerzialisierung von Bildung durch die Einführung von Studiengebühren, zunehmender Leistungsdruck und Studienzeitraffung via BA/MA, sondern

vor allem auch die daraus sich verstärkende Entdemokratisierung der Gesellschaft. Es wurde ein direkter Zusammenhang hergestellt zwischen allein auf ökonomische Verwertung ausgerichtete Bildung einerseits und der fortschreitenden Politikverdrossenheit oder gar Unfähigkeit zur Reflexion gesellschaftlicher Entwicklungen unter Jugendlichen, Studierenden und Berufstätigen andererseits. Politische „Bildungsinitiativen“ der aktuellen Regierungen klammern diesen Zusammenhang nicht nur aus, sie zielen in der Regel allein auf wirksame Parteiwerbung auf der ideologischen Welle von Elite, Exzellenz und PISA – und nicht zuletzt auf dem Rücken der Lernenden.

Dem gegenüber stellten die TagungsteilnehmerInnen die Forderung „Bildung als Bürgerrecht“ (so Wolf-Dieter Narr, Politikwissenschaftler und Emeriti aus Berlin), als notwendige Voraussetzung gesellschaftlicher Partizipation und eigenständiger, sich selbst bewusster Gestaltungsmöglichkeiten. Erst eine umfassende (wenngleich fachspezifische) Bildung ermöglicht es den Gesellschaftsmitgliedern, ihre Rechte und Pflichten als Bürger reflektiert wahrzunehmen und die eigene Urteilskraft sowie die der anderen zu kritisieren. Gebildete und wache Bürger sind die Voraus-

setzung für lebendige Demokratie und Grundlage zur Verhinderung einseitiger Machttakkumulation.

Aus dieser Analyse heraus entstanden unter Mitwirkung des „Komitees für Grundrechte und Demokratie“, dem „Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“ sowie der FSK-Studierendenvertretung (Heidelberg) zwei konkrete Initiativen, an denen derzeit weiter gearbeitet wird: Zum einen verständigte man sich über erste Bedingungen zur Gründung einer überregionalen und öffentlichkeitswirksamen Institution zur Koordinierung und Förderung demokratischer Bildung (die Ergebnisse erscheinen Januar 2009 als Broschüre). Zum anderen wurde der Vorschlag des emeritierten Politikwissenschaftlers Peter Grottian (Berlin) aufgegriffen und eine überregional angelegte Initiative gegen den Bachelor vorbereitet. Grundlage hierfür bildete die Feststellung, dass lernwillige BA/MA-Studierende zwar längst selbst erkennen, dass sie durch die aktuellen Lehr-Lern-Strukturen im Schnitt schlecht ausgebildet werden, sich jedoch auf Grund ihrer Sozialisierung kaum mehr Alter-

nativen guter Ausbildung vorzustellen vermögen. So ist etwa kaum bekannt, dass die Anzahl von BA-/MA-Semestern keineswegs gesetzlich vorgegeben sind – und daher mit studentischem Druck jederzeit auch wieder vor Ort verändert werden könnten. Unter der Grottian'schen Losung „Brecht die Exzellenz der Verdummung an den Universitäten“ werden daher jetzt BA-/MA-Studierende bei der Entwicklung von Alternativen ihrer Ausbildung und deren regionaler Durchsetzung unterstützt. Es gilt, den Unmut der Studierenden über ihre Lernsituation aufzugreifen, zu bündeln und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie die Studierenden selbstbestimmt und demokratisch partizipativ ihre (!) Bildung organisieren können.

fv

- Bei Fragen zu oder Interesse an einzelnen Initiativen schreibt an: in-fo@KritischeTheorie-hde.de
- Audiomitschnitte von Vorträgen und Podien der Tagung sind online nachhörbar unter: www.KritischeTheorie-hd.de

Bundesweiter Schulstreik für bessere Bildungspolitik

Längst ist das Thema Bildungspolitik nicht mehr nur ein Anliegen kritischer Studierender. In mehreren Bundesländern organisierten sich Eltern, Lehrer und Schüler mehrmals in diesem Jahr zu Demonstrationen, Diskussionsrunden und verschiedenen Protestaktionen, um ihren Forderungen nach mehr Investitionen in schulische Einrichtungen und einer grundlegenden Reformierung des Bildungssystems Ausdruck zu verleihen. Nachdem es im Sommer bereits in Berlin einen Streiktag gegeben hatte, beteiligten sich vergangenen Mittwoch bundesweit über 100 000 Schülerinnen und Schüler an einem Warnstreik und damit verbundenen Aktionen. Die hohe Teilnahme besonders in den Großstädten und die Entschlossenheit der Protestierenden überraschte auf allen Ebenen. In Hannover etwa gelang es einigen hundert jungen Menschen, die Bannmeile um das Parlamentsgebäude zu durchbrechen und ihr Anliegen direkt vor den Landtag zu tragen.

In Heidelberg beteiligten sich an der „Arbeitsniederlegung“ fast nur die Unterstufen – „ich glaube die haben das nicht so richtig verstanden und sich gefreut einen Tag frei zu haben“ lachte Stefan(14) vom Hölderlin-Gymnasium. Er war allerdings mit einigen Mitschülerinnen und Mitschülern zur Kundgebung auf dem Bismarckplatz gekommen und wusste seine Motivation

durchaus zu begründen: „Bei uns ist ein ganzes Jahr Musik ausgefallen, Bildende Kunst haben wir bei einer Architektin.“ Wenn gespart werde, dann immer zuerst bei der Bildung. So müssten für den Unterricht benötigte Lehrbücher von den Schülern in manchen Fächern selbst bezahlt werden, andere Bücher seien völlig veraltet.

Am Streik haben sich die Heidelberger Schülerinnen und Schüler jedoch nicht beteiligt. „Unsere Rektorin hat uns mit bis zu einer Woche Schulausschluss gedroht, wenn wir für den Streik schwänzen“ erklärte Sophie (15), ebenfalls aus dem Hölderlin-Gymnasium. Plakate für den Streik, die in der Schule aufgehängt worden waren, seien rasch entfernt worden. „Immerhin hat uns unser Lehrer zehn Minuten früher raus gelassen, damit wir wenigstens rechtzeitig zur Kundgebung hier sind.“

Unterstützung bekamen die Schülerinnen und Schüler von einigen Studierenden unter anderem der Kritischen Initiative, die sich solidarisch mit den Zielen des Schulstreiks erklärten und die Jüngeren zum Einsatz für ihre Rechte ermutigten: „Manchmal reicht es nicht zu diskutieren und man muss ein deutlicheres Zeichen setzen. Deshalb unterstützen wir den Streik als politisches Druckmittel.“

Für Dezember kündigten die Schülervertretungen ein Organisationstreffen an, um das nächste Mal den Streik auch an Heidelberger Schulen zu realisieren.

yz

Freiraum Neckarwiese weiterhin bedroht

Am „runden Tisch“ zur Zukunft der Neckarwiese sind die Fronten weiterhin verhärtet. Die Bewohner der anliegenden Straße versuchen weiterhin mit Unterstützung einiger Kommunalpolitiker daraufhin zu arbeiten, dass die Nutzung der Neckarwiese als sommerlicher Freiraum für junge und alte Menschen eingeschränkt wird. Jüngster Aufhänger war dabei Anfang des Jahres das sogenannte „Grillverbot“, mit dem der engagierte Bürgermeister Erichson auf Widerstand unter anderem bei Stu-

dierenden und dem Jugendgemeinderat stieß. Unter dem Motto „Nicht kleckern, klotzen!“ sollten die derzeit vorhandenen „Grillzonen“ ganz abgeschafft werden, was aber zunächst einmal abgewendet werden konnte. Abenteuerliche Argumente gegen die freizeitliche Nutzung der Neckarwiese tauchen immer wieder neue auf. Von umweltproblematischen Aspekten über Lärmschutz bis zu unangenehmen Gestank – das Grillen mache „doch alles kaputt“, glaubte Erichson zu erkennen. Bei der letzten Tagung des

Runden Tische waren die „Anwohner“ nun auch über ihre Gesundheit besorgt, schließlich seien sie durch die Grillenden auf der Neckarwiese „krebserregenden Dämpfen“ ausgeliefert. Ob sich diese Argumente durchsetzen werden, sollte fraglich sein angesichts der Tatsache, dass

die „Anwohner“ von den Grillzonen auf der Neckarwiese über hundert Meter Distanz, Parkplätze und eine stark frequentierte Straße trennen. Trotzdem erfahren die Bewohner der Uferstraße starke Unterstützung aus der Politik. yz

Alles, was geschieht, geht dich an.

Tatütheata spielt Günter Eichs „Träume“

Schimmeliges Brot. Landfremdes Gesinde. Wasserdichte Mappen. Knacken im Radio. Eine äußerst einfache Konstruktion. — „Das entspricht wohl kaum einem mitteleuropäischen Geschmack.“

In den 50er Jahren verhalf Günter Eich mit seinen „Träumen“ der neuen Gattung des Hörspiels zum Durchbruch. Eich kratzt an der dünnen Deckschicht der Zivilisation; er zerrt das mühsam Verdrängte und Vergessene schmerzhaft an die Oberfläche und entblößt die kultiviert und sittemäßig verborgenen Triebe. Die sechs Traumbilder stehen kontrastreich nebeneinander, doch hinter allen steckt die Demaskierung des vermeintlich gezähmten Menschen. Im Dezember werden die „Träume“ in Heidelberg vom Radio auf die Bühne gebracht.

Tatütheata ist eine freie Schauspielgruppe, deren Mitglieder Studenten der verschiedensten Studienfächer sind. Nach Tiecks Komödie „Der gestiefelte Kater“ wendet sich die Gruppe nun modernem Stoff zu und freut sich, Ihnen Günter Eichs „Träume“ zu präsentieren.

Aufführungstermine:

Am 5., 6. und 7. Dezember im Neuen Hörsaal der Physik, Philosophenweg 12

Am 11., 12. und 14. Dezember im Romanischen Keller

jeweils um 20 Uhr

Eintritt: 6 / 4 Euro

Reservierung: karten@tatuetheata.de

MittrommlerInnen gesucht!

Viele von Euch kennen uns vermutlich von Demonstrationen in Heidelberg und Umgebung. Wir sind eine politische Samba-Band, die sich dem internationalen Netzwerk "Rhythms of Resistance" zugehörig fühlt. Frei nach dem Motto "Widerstand ist trommelbar" versuchen wir durch eigene Aktionen oder durch das Spielen auf Demonstrationen auf die Missstände in dieser Welt aufmerksam zu machen. Das Wichtigste dabei ist, dass uns das Trommeln riesigen Spaß macht und sich, trotz unserer Semiprofessionalität, überraschend gut anhört.

Wir sind eine offene Gruppe und freuen uns jederzeit über interessierte Mittrommlerinnen und Mittrommler. Außer guter Laune braucht ihr nichts mitzubringen, weder musikalisches Vorwissen, noch Rhythmus im Blut!

Wir treffen uns jeden Donnerstag um 17 Uhr im Vedia-Haus. Weitere Infos zu uns findet ihr auf unserer Homepage: www.sambartistas.de

Wir freuen uns auf Euch!
Eure Sambartistas

Unikino Heidelberg

Mittwochs um 19.30Uhr im HS13 der Uni

Das Programm im WS 08/09

19.11 NO COUNTRY FOR OLD MEN

26.11 DIE WELLE

freier Eintritt für alle Lehramtsstudenten!

2.12 & 3.12 DIE FEUERZANGENBOWLE

Karten - VVK am Marstall:

24.11 von 12.00-13.30

25.11 von 13.00-14.00

26.11 von 12.00-13.30

10.12 THERE WILL BE BLOOD

17.12 KIRSCHBLÜTEN – HANAMI

14.01 KUNG FU PANDA

freier Eintritt für alle im Kung Fu Outfit!

21.01 THE DARK KNIGHT

28.01 CHIKO

IMPRESSUM ...der UNIMUT-Zeitung an der Uni Heidelberg Nr. 2008/012 vom 02.10.2008 // Redaktion: Nina Bust-Bartels (nbb) | Alena Mehlau (amh) | Friedemann Vogel (fv) | Yannick Zundl (yz) // Auflage 2000 – Unidruckerei // Wir ermutigen ausdrücklich dazu, LeserInnenbeiträge zu verfassen, die im ZFB (Albert-Überle-Straße 3-5) abgegeben oder uns per Elektrobrief (unimut@urz.uni-heidelberg.de) zugeschickt werden können. // Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die VerfasserIn verantwortlich. Die Redaktion behält sich Kürzungen nach Rücksprache und orthographische Dienstleistungen ohne Rücksprache vor. // Unterstützt von der F(ach)S(chäfts)K(onferenz) | Albert-Überle-Straße 3-5 | 69117 Heidelberg. | Tel. 06221/542456 | E-Mail: unimut@urz.uni-heidelberg.de